

Brigitte Hagling
Martina Hannewald
Nora Herrguth-Mertens
Thomas Hoffmann
Gabriele Hruschka
Rainer Hübinger
Dr. Bernhard Ibold
Ingmar Janssen
Rudolf Joseph
Marc Kammann
Andreas Kanschat
Dirk Kapell
Annette Kirchhoff
Marion Klaus
Martina Köster-Flashar
Ilona Küchler
Thomas Küppers
Roman Lang
Nils Lessing
Gerd Lohmann
Gerd Lungen
Waldemar Madeia
Annette Mick-Teubler
Jörn-Eric Morgenroth
Klaus Müller
Dirk Niemeyer
Birgit Onori
Renate Petschull
Günter Pollmann
Anna Meike Reimann
Annerose Rohde
Helmut Rohden
Carola Rotert
Michael Ruppert
Peter Rusche
Sybille Schettgen
Annegret Schiffers
Rainer Schlottmann
Andreas Seidler
Dr. Norbert J. Stapper
Alexander Steffen
Margret Stolz
Elke Thiele
Peter Thomas
Hartmut Toska
Dietmar Viehöver
Ewald Vielhaus
Klaus-Dieter Völker
Dietmar Weiß
Peter Werner

von 16:46 - 18:55 Uhr

ab 16:40 Uhr

ab 16:40 Uhr

ab 18:20 Uhr

Verwaltung

Anja Büttner
Maxine Dey
Philipp Gilbert
Nils Hanheide
Ralf Hermann
Daniela Hitzemann

Nico Hüsgen
Bodo Keißner-Hesse
Dr. Stephan Kopp
Marcus Kowalczyk
Martin Schlüter
Christian Schölzel
Gabriele van Eck

Gäste

Anne Herchen
Ulrich Klaus
Karsten Kunert
Mark Walsleben

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.06.2023
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen des Kreisjugendrates
5. Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW
6. Umbesetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien 01/017/2023
7. Haushaltsplan 2024
- 7.1. Einbringung des Haushaltsentwurfes 2024
- mündlicher Bericht
- 7.2. Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2024 des Kreises Mettmann
- Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte
8. Kreissparkasse Düsseldorf 01/016/2023
Hier: Verwendung der auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteile am Gewinnvortrag des Vorjahres (2021) sowie am Jahresüberschuss 2022
9. Jahresabschlussentwurf 2022 20/025/2023

- | | | |
|-------|---|---------------|
| 10. | Befreiung von der Erstellung des Gesamtabchlusses 2022 | 20/031/2023 |
| 11. | Aktivitäten und Entwicklungen im Rahmen des Tax Compliance Management Systems
hier: Sachstand und Projektabschlussbericht | 20/032/2023 |
| 12. | Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 GO NRW (Haushalt 2023)
- Überplanmäßige Mittel des Produktes 05.01.01 - Eingliederungshilfe nach dem SGB IX | 20/033/2023/1 |
| 13. | Beitritt des Kreises Siegen-Wittgenstein zum EKOCity Abfallwirtschaftsverband mit Wirkung zum 01. Juni 2024 | 32/013/2023 |
| 14. | Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzept für den Kreis Mettmann | 32/016/2023 |
| 15. | Betriebsabrechnung 2021 für das Notarztsystem | 38/007/2023 |
| 16. | Richtlinien zu außerschulischen Angeboten und zu Freizeiten für Menschen mit Behinderung | 57/006/2023 |
| 17. | Förderaufruf „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ | 61/045/2023 |
| 18. | Zweite Änderung des Landesentwicklungsplans NRW – Stellungnahme des Kreises Mettmann im Beteiligungsverfahren | 61/048/2023 |
| 19. | Nachträge | |
| | Krankenhaussituation im Kreis Mettmann | 53/012/2023 |
| 19.1. | Hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.09.2023 | |
| 19.2. | Resolution des Kreistages des Kreises Mettmann zum regionalen Planungsverfahren gem. §14 KHGG NRW
Hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD vom 25.09.2023 | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 20. | Informationen der Verwaltung | |
| 21. | Vermietung von Räumlichkeiten in der Liegenschaft Kaserenstraße in Düsseldorf
- Aufhebung des Kreistagsbeschlusses vom 15.12.2022 | 23/028/2023 |
| 22. | Nachträge | |

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung und informiert, dass der öffentliche Teil dieser Kreistags-sitzung live in die Öffentlichkeit gestreamt werde. Bis auf zwei Personen haben alle Anwesen- den der Übertragung ihrer Person zugestimmt; allerdings könne jedes Kreistagsmitglied diese Zustimmung ad-hoc – durch Zeigen einer auf den Plätzen ausliegenden roten Karte – widerru- fen. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit fest. KA Köpp, KA Switalski, KA Roeloffs, KA Niehof, KA Welp, KA Rech, KA Serag, KA Gafari, KA Besche-Krastl und KA Yeboah fehlen entschuldigt. Darüber hinaus fehlt KA Sülz. Zudem be- grüßt er herzlich die Gäste Herrn Keißner-Hesse (scheidender Geschäftsführer der Bildungs- akademie des Kreises Mettmann) und Herrn Walsleben als Vertreter des Kreisjugendrates. Alsdann stellt Landrat Hendele die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung erklärt er, dass diese fristgerecht um den Tagesordnungspunkt

19.1 *Krankenhaussituation im Kreis Mettmann*
Hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.09.2023

53/012/2023

erweitert worden sei.

Anschließend fragt Landrat Hendele, ob es Anträge zur Tagesordnung gebe.

KA Madeia beantragt die Tagesordnung unter einem neuen Tagesordnungspunkt 19.2 „Reso- lution des Kreistages des Kreises Mettmann zum regionalen Planungsverfahren gem. §14 KHGG NRW; Hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD vom 25.09.2023“ zu erweitern.

Landrat Hendele weist auf eine entsprechende Tischvorlage hin und stellt den Antrag zur Ab- stimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Anschließend stellt er die Tagesordnung fest.

Ferner berichtet Landrat Hendele, dass für alle Kreistagsmitglieder die Anlage zu TOP 6 „Um- besetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien“ sowie der Haushaltsentwurf 2024 zu TOP 7 „Haushaltsplan 2024“ ausliegen bzw. in das Kreistagsinformationssystem hochgeladen seien. Überdies liege der Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD vom 25.09.2023 auf den Tischen aus.

Danach bittet Landrat Hendele die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben, um schweigend dem im Juni 2023 verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Norbert Lang zu gedenken.

Landrat Hendele gratuliert KA Janssen, KA Kammann und KA Pollmann nachträglich herzlich zu ihren (runden) Geburtstagen. Er überreicht KA Janssen ein Weinpräsent und erläutert, dass für die zwei Letztgenannten – statt persönlicher Geschenke – wunschgemäß Spenden in ihren Namen an Bulldogs for Kids e.V. Velbert/Essen-Heidhausen und den Verein zur Förde- rung des Feuerschutzes in Ratingen e.V. erfolgt seien.

Daran anschließend verabschiedet Landrat Hendele den scheidenden Geschäftsführer und Leiter der Bildungsakademie für Gesundheits- und Sozialberufe des Kreises Mettmann GmbH, Herrn Bodo Keißner-Hesse, und überreicht ihm, mit den besten Wünschen für den Ruhestand, ein Präsent. Abschließend bedankt sich Herr Keißner-Hesse und richtet dankende Worte an die Kreistagsmitglieder.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.06.2023

Die Niederschrift über die Sitzung vom 19.06.2023 wird genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Kooperationsnetzwerk „Sicher im Dienst“:

Landrat Hendele informiert, dass der Kreis Mettmann am 25.09.2023 dem Präventionsnetzwerk „#sicherimDienst“ beigetreten sei. Das Netzwerk möchte gemeinsam hinsichtlich der Thematik "Gewalt gegen Beschäftigte" sensibilisieren, praxisnahe Handlungsempfehlungen austauschen und durch öffentliche Aktionen wie die offiziellen Netzwerk-Beiträge starke Signale setzen.

Zu Punkt 4: Informationen des Kreisjugendrates

Mark Walsleben berichtet, dass die Wahlperiode des 1. Kreisjugendrates des Kreises Mettmann in diesem Jahr enden werde. Zugleich werde sich der 2. Kreisjugendrat des Kreises Mettmann (Wahlperiode 2023-2025) im November konstituieren. In diesem Zusammenhang unternimmt er eine Zeitreise durch die vergangenen zweieinhalb Jahre des 1. Kreisjugendrates und stellt dessen Highlights vor. Er betont, dass es sich bei dem Jugendrat des Kreises Mettmann um den ersten Jugendrat auf einer Kreisebene in Nordrhein-Westfalen gehandelt habe. Organisatorisch gesehen habe sich der Kreisjugendrat umfangreich ausgestalten können. Als Unterbau des Kreisjugendrates seien einige Arbeitsgruppen eingesetzt worden.

Mark Walsleben erinnert an Aktionen und Projekte des Kreisjugendrates wie die Impfanreizaktion, die Gründung einer Bezirksschüler*innenvertretung, die Juniorwahl anlässlich der Landtagswahl 2022 und viele erarbeitete und in der Folge an den Kreisausschuss gerichtete Anregungen.

Zudem hebt er hervor, dass der größte Erfolg des Kreisjugendrates gewesen sei, den Jugendlichen die Kreisebene und die damit verbundene Struktur des Kreises näher zu bringen. Zudem sei es als Erfolg zu verbuchen, dass die durch den Kreisjugendrat erarbeiteten Anregungen durch die Verwaltung und die Mitglieder des Kreistages ernst genommen und fachlich beraten werden.

Er unterstreicht, dass der Kreisjugendrat sehr dankbar für die umfangreiche Unterstützung des Kreistagsbüros sei und hofft, dass diese gute Zusammenarbeit auch in der nächsten Wahlperiode anhalten werde.

Abschließend lädt Mark Walsleben alle Kreistagsmitglieder herzlich zur konstituierenden Sitzung des 2. Kreisjugendrates am 22.11.2023 in den großen Sitzungssaal im Kreishaus in Mettmann ein.

Landrat Hendele dankt Herrn Walsleben für die Ausführungen sowie für die geleistete Arbeit des 1. Kreisjugendrates und wünscht seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in der 2. Wahlperiode des Kreisjugendrates alles Gute und viel Erfolg.

Zu Punkt 5: Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW

Landrat Hendele stellt fest, dass ihm keine schriftlichen Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vorliegen. Er fragt, ob Einwohnerinnen und Einwohner anwesend sind, die Fragen stellen möchten. Dies ist nicht der Fall.

Zu Punkt 6: Umbesetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien - Vorlage Nr. 01/017/2023
--

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die Ziffer 7 des vorliegenden Wahlvorschlages zu modifizieren sei. Frau KA Hannewald werde die Stellvertretung von Frau KA Hagling in der Bauberatungskommission übernehmen.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den (modifizierten) Wahlvorschlag abstimmen.

Wahl:

1. **Frau SB Solveigh Zieger** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolgerin für **Herrn Norbert Lang** in den Bauausschuss gewählt.
2. **Frau SB Birgit Behner** wird als ordentliches Mitglied und Nachfolgerin für **Herrn KA Mario Sülz** in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus gewählt.
3. **Herr KA Felix Freitag** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Frau SB Birgit Behner** in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus gewählt.
4. **Herr KA Mario Sülz** wird als ordentliches Mitglied und Nachfolger für **Herrn KA Felix Freitag** in den Wahlprüfungsausschuss gewählt.
5. **Herr KA Felix Freitag** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Herrn KA Mario Sülz** in den Wahlprüfungsausschuss gewählt.
6. **Frau KA Brigitte Hagling** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolgerin für **Herrn KA Mario Sülz** in den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt.
7. **Frau KA Martina Hannewald** wird als stellvertretendes Mitglied in die Bauberatungskommission gewählt.
8. **Herr Pfarrer Frank Wessel** wird als stellvertretendes beratendes Mitglied gem. § 85 Abs. 2 SchulG und Nachfolger für **Herrn Pfarrer Andreas Tibbe** in den Ausschuss für Schule und Sport gewählt.
9. **Herr Pfarrer Andreas Tibbe** wird als ordentliches beratendes Mitglied gem. § 85 Abs. 2 SchulG und Nachfolger für **Herrn Pfarrer Frank Wessel** in den Ausschuss für Schule und Sport gewählt.
10. **Frau KA Brigitte Hagling** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolgerin für **Herrn KA Mario Sülz** in die Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf gewählt.
11. **Frau KA Dr. Guenther** wird als ordentliches Mitglied und Nachfolgerin für **Herrn KA Dirk Niemeyer** in die Verbandsversammlung des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein gewählt.
12. **Herr KA Hartmut Toska** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Frau KA Dr. Guenther** in die Verbandsversammlung des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein gewählt.
13. **Frau KA Dr. Guenther** wird als ordentliches Mitglied und Nachfolgerin für **Herrn KA Dirk Niemeyer** in den Rechnungsprüfungsausschuss des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein gewählt.

14. **Herr KA Hartmut Toska** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Frau KA Dr. Guenther** in den Rechnungsprüfungsausschuss des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

(bei Nichtteilnahme von Landrat Hendele an der Abstimmung zu den Ziffern 1-9)

Zu Punkt 7: Haushaltsplan 2024
--

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Haushaltsentwurf 2024 auf den Tischen ausliege beziehungsweise in das Kreistagsinformationssystem hochgeladen worden sei.

Zu Punkt 7.1: Einbringung des Haushaltsentwurfes 2024 - mündlicher Bericht
--

Landrat Hendele und Kreiskämmerer Schölzel tragen ihre Reden zur Einbringung des Entwurfes für den Haushalt 2024 vor. Die Rede des Landrates und die Präsentation des Kreiskämmerers sind dieser Niederschrift als Anlage 1 bzw. 2 beigefügt.

nachrichtlich:

Nach den fraktionsinternen Beratungen erfolgt die Haushaltsplanberatung in den Fachausschüssen und im Kreistag. Wie auch in den vergangenen Jahren erhalten die Kreistagsmitglieder ein kombiniertes Dokument für alle Vordrucke bezüglich der Haushaltsberatungen, welches für die schriftlichen Antragsverfahren zu verwenden ist. Die Verabschiedung des Haushaltes ist für die Kreistagssitzung am 14.12.2023 geplant.

Die Haushaltsrede/Präsentation sowie das Antragsverfahren wurden den Kreistagsmitgliedern bzw. Fraktions-/Gruppengeschäftsstellen am 25.09.2023 bzw. 26.09.2023 per E-Mail zugeleitet.

Zu Punkt 7.2: Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2024 des Kreises Mettmann - Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte
--

Landrat Hendele weist auf die bereits veröffentlichte Synopse hin.

Die Kreistagsmitglieder nehmen sowohl die gemeinsame Stellungnahme der kreisangehörigen Städte sowie die einzelne Stellungnahme der Stadt Monheim am Rhein als auch die Synopse zur Kenntnis.

Zu Punkt 8: Kreissparkasse Düsseldorf Hier: Verwendung der auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteile am Gewinnvortrag des Vorjahres (2021) sowie am Jahresüberschuss 2022 - Vorlage Nr. 01/016/2023

KA Madeia begrüßt das Vorgehen, den Betrag der Rücklage zuzuführen, damit weiterhin eine leistungsfähige Sparkasse für Bürger, Gewerbe und Handel im Kreis Mettmann zur Verfügung stehe.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die nach Abzug von jeweils 15 % Kapitalertragssteuer und 5,5 % Solidaritätszuschlag auf die Kapitalertragssteuer auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteile am Gewinnvortrag aus dem Vorjahr (2021) i. H. v. 114.165,71 € sowie am Jahresüberschuss 2022 der Kreissparkasse Düsseldorf i. H. v. 186.858,40 € werden der Sicherheitsrücklage der Kreissparkasse Düsseldorf zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9: Jahresabschlussentwurf 2022 - Vorlage Nr. 20/025/2023
--

Kreiskämmerer Schölzel führt aus, dass – Stand 25.09.2023 – 14,8 Mio. Euro Verbesserung zu verzeichnen seien. Das Jahresergebnis weise gegenüber dem geplanten Defizit im Plan i.H.v. rd. 15,5 Mio. € ein deutlich geringeres Defizit i.H.v. rd. 0,8 Mio. € aus.

Berücksichtige man die durch gesetzliche Anpassungen bedingten Verbesserungen im Bereich der Transferaufwendungen bei der Hilfe zur Pflege und im Pflegewohngeld in Heimen i.H.v. ca. 12,5 Mio. €, die in der Haushaltsplanung 2022 noch nicht in dieser Form erkennbar waren, weiche der Planansatz nur geringfügig vom tatsächlichen Ergebnis ab.

Das Rechnungsprüfungsamt werde nun den Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2022 prüfen.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der vom Kreiskämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2022 des Kreises Mettmann wurde dem Kreistag nach § 95 Abs. 5 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zugeleitet. Der Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2022 wird zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.
2. Der Kreistag nimmt die Übertragung eines Gesamtbetrages an Aufwandsermächtigungen in Höhe von 7.968.563,60 € (Vj.: 7.513.620,00 €) bzw. an Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 35.275.901,86 € (VJ: 40.999.512,16) von 2022 nach 2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10: Befreiung von der Erstellung des Gesamtabchlusses 2022 - Vorlage Nr. 20/031/2023
--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag stellt das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabchlusses 2022 gem. § 116 a GO NRW i.V. m. § 53 Abs. 1 KrO NRW fest und beschließt auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2022 zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
(bei 1 Enthaltung der FDP-Fraktion)

Zu Punkt 11:	Aktivitäten und Entwicklungen im Rahmen des Tax Compliance Management Systems hier: Sachstand und Projektabschlussbericht - Vorlage Nr. 20/032/2023
---------------------	--

KA Ernst dankt der Verwaltung für die Erstellung dieses ausführlichen Sachstandberichtes. Grundsätzlich sei diese Thematik eine verwaltungsinterne Angelegenheit, welche jedoch immer dann Außenwirkung erhalte, wenn entsprechende Fehler bekannt werden. Sie erachte die Berichterstattung im Kreistag daher für sehr sinnvoll und bittet weiterhin um jährliche Information.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den beigefügten Projektbericht zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, die im Projektbericht dargelegten Handlungsempfehlungen zu prüfen und entsprechend weiterzuverfolgen. Der Kreisausschuss soll jährlich über die Aktivitäten und Entwicklungen im Rahmen des Tax Compliance Management Systems unterrichtet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 12:	Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 GO NRW (Haushalt 2023) - Überplanmäßige Mittel des Produktes 05.01.01 - Eingliederungshilfe nach dem SGB IX - Vorlage Nr. 20/033/2023/1
---------------------	--

KA Ernst bedankt sich für die kurzfristig erarbeitete Ergänzungsvorlage und betont, dass es sich hierbei um ein richtiges Zeichen an die kreisangehörigen Kämmerer – auch unterjährig so sparsam wie möglich zu wirtschaften – handele.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt den unten aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW zu:

überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen

Kostenstelle:	K05010101 – Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Kostenart:	53318000 / 73318000
Bezeichnung:	Eingliederungshilfe, Autismustherapie
Betrag:	127.259,53 €

Kostenstelle: K05010101 – Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Kostenart: 53318001 / 73318001
Bezeichnung: sonstige Eingliederungshilfe
Betrag: 2.000.000 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 13: Beitritt des Kreises Siegen-Wittgenstein zum EKOCity Abfallwirtschaftsverband mit Wirkung zum 01. Juni 2024 - Vorlage Nr. 32/013/2023

KA Werner berichtet.

Landrat Hendele erläutert, dass sich der damalige Beitritt zum Abfallwirtschaftsverband EKOCity sehr gelohnt habe, um die Beseitigungsaufwendungen des Kreises Mettmann entsprechend mit anderen starken Partnern zu reduzieren. Der Beitritt des Kreises Siegen-Wittgenstein zum EKOCity Abfallwirtschaftsverband sei daher sehr begrüßenswert und werde den Verband stabilisieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Dem Beitritt des Kreises Siegen-Wittgenstein zum EKOCity Abfallwirtschaftsverband mit Wirkung zum 01. Juni 2024 wird - vorbehaltlich eines entsprechenden Beitrittsantrages des Kreises Siegen-Wittgenstein - zugestimmt.

Für den Fall des Beitritts des Kreises Siegen-Wittgenstein zum EKOCity Abfallwirtschaftsverband wird der in Anlage 1 dargestellten Änderung der Satzung des EKOCity Abfallwirtschaftsverbandes und der in Anlage 2 dargestellten Anpassung des Gesellschaftsvertrages der EKOCity GmbH mit Wirkung zum 01. Juni 2024 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 14: Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzept für den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 32/016/2023
--

KA Werner berichtet.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Das fortgeschriebene Abfallwirtschaftskonzept für den Kreis Mettmann wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 15: Betriebsabrechnung 2021 für das Notarztsystem - Vorlage Nr. 38/007/2023

KA Werner berichtet.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der sich aus der Betriebsabrechnung 2021 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann ergebende Fehlbetrag in Höhe von 344.991,69 Euro wird gemäß § 44 Abs. 6 der Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) zeitversetzt durch Entnahme aus dem Sonderposten „Gebührenaussgleich Notarztsystem“ in gleicher Höhe ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 16: Richtlinien zu außerschulischen Angeboten und zu Freizeiten für Menschen mit Behinderung
- Vorlage Nr. 57/006/2023**

In Vertretung für KA Stolz berichtet Herr Kowalczyk aus den Beratungen des Gesundheitsausschusses am 21.08.2023 (ohne Beschlussempfehlung verwiesen) und des Kreisausschusses am 18.09.2023, wo ein einstimmiger Beschluss gefasst wurde. Er verdeutlicht die Gründe für die notwendige Änderung der Richtlinien durch einen Zuständigkeitswechsel zum LVR (Jugendliche ab 18 Jahren), in dessen Folge nur noch für einen deutlich kleineren Personenkreis künftig die Förderung durch Kreismitteln in Frage kommt (Schülerinnen und Schüler).

KA Ernst dankt für die Zusage der Verwaltung, noch im 4. Quartal 2023 die neuen Richtlinien im Fachausschuss beraten sowie im Kreisausschuss und Kreistag beschließen zu lassen. Unter dieser Prämisse werde die Fraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN heute der Vorlage zustimmen.

KA Hruschka fragt nach der Höhe der Fördermittel und erkundigt sich für die Haushaltsberatungen nach einer Auflistung, in welchem Umfang bisher von der Förderung erfasste Schülerfreizeiten von Trägern angeboten und durchgeführt wurden.

Herr Kowalczyk informiert über die Ansatzreduzierung von jährlich bisher 85.000 € auf künftig 20.000 € und erläutert kurz die zu Grunde liegende neue Kalkulation. Er weist darauf hin, dass eine Zusammenstellung der bisherigen Maßnahmen und Maßnahmenträger machbar sei, dies aber keine Ableitung dahingehend ermögliche, welche Träger im nächsten Jahr die Fördermöglichkeiten durch ihre Maßnahmenangebote in Anspruch nehmen wollen.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Die Richtlinien zu außerschulischen Angeboten und zu Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung in der Fassung des Kreistagsbeschlusses vom 12.07.2010 werden mit Ablauf des 31.12.2023 aufgehoben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderungsangebote für außerschulische Maßnahmen, insbesondere Ferienfreizeiten für Schülerinnen und Schüler mit einer (drohenden) Behinderung durch andere Träger zu prüfen und über das Ergebnis im Gesundheitsausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 17: Förderaufruf „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ - Vorlage Nr. 61/045/2023

KA Dr. Guenther berichtet.

Auf die Nachfrage von KA Kuchler antwortet Herr Dr. Kopp, dass die kreisangehörigen Städte bereits eine Kostenaufstellung erhalten haben. Insgesamt sei ein Gesamtkonzept eingereicht worden. Es bestehe also bei nachträglichen Änderung die Gefahr, dass anschließend die Förderfähigkeit nicht mehr gegeben sei.

KA Thomas dankt der Verwaltung für die Vorlage und das damit verbundene Vorhaben.

KA Ernst schließt sich den vorangegangenen Ausführungen an und erklärt, dass es sich bei diesem ungewöhnlichen Förderaufruf um eine gute Möglichkeit handele, den Zusammenhalt der kreisangehörigen Städte zu demonstrieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Die Teilnahme des Kreises Mettmann am diesjährigen Förderaufruf „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ wird begrüßt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, alle notwendigen Schritte zur Einreichung von Förderanträgen zu den in dieser Vorlage aufgeführten Maßnahmen vorzunehmen und die hierfür erforderlichen Erklärungen abzugeben.
3. Die Einreichung von Förderanträgen zur Ausweitung des ÖPNV-Bedienungsangebotes erfolgt vorbehaltlich einer Zustimmung und Finanzierungszusage der jeweiligen kreisangehörigen Städte bzw. einer Zustimmung der betroffenen Nachbараufgabenträger.
4. Die Finanzierung des Eigenanteils des Kreises Mettmann wird aus dem Budget für Klimaschutzmaßnahmen (Produkt „14.01.02 Klimaschutz“) erfolgen.
5. Die Punkte 2-4 der Beschlussempfehlung stehen unter dem Vorbehalt einer Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen durch den Fördergeber.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 18: Zweite Änderung des Landesentwicklungsplans NRW – Stellungnahme des Kreises Mettmann im Beteiligungsverfahren - Vorlage Nr. 61/048/2023

KA Dr. Günther berichtet von der regen und kontroversen Diskussion im Ausschuss für Klima-, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz am 14.09.2023 und teilt das aufgeschlüsselte Abstimmungsergebnis mit, dass der dort mehrheitlich angenommenen Beschlussempfehlung zu Grunde lag.

Landrat Hendele berichtet entsprechend detailliert von der Beschlussfassung im Kreis Ausschuss am 18.09.2023.

Herr Dr. Kopp kommt auf die Bitte aus der Diskussion im Kreis Ausschuss zurück, die Zahl der insgesamt abgegebenen Stellungnahmen zu ermitteln. Von den kreisangehörigen Städten hätten 6 Städte keine Stellungnahme und 4 Städte jeweils eine Stellungnahme abgegeben –

mit unterschiedlicher Begründung. Er weist darauf hin, dass aus der reinen Betrachtung einer Abgabe oder einer Nicht-Abgabe die Intention der jeweiligen Stadt nicht ableitbar sei. Landesweit seien insgesamt 517 Stellungnahmen abgegeben worden.

KA Madeia kritisiert die vom Land nur sehr kurze Zeit von etwa netto 3 Wochen, die der Verwaltung für eine Stellungnahme in den Schulferien zur Verfügung gestanden habe und die keine Chance auf eine ordentliche Beteiligung der Politik zugelassen habe. In der Sache unterstütze die CDU-Fraktion die kritisch-konstruktive Bewertung der Verwaltung. Die Zielsetzung des Landes sei richtig und positiv, es bedürfe aber – im Blick auf die evtl. massiven Veränderungen bei den landschaftlichen Freiräumen im Kreisgebiet – einer differenzierteren Betrachtung der Eingriffsmöglichkeiten, zum Beispiel durch die Ausweisung von Vorranggebieten. Er sehe den durch den Landschaftsplan und Planungsentscheidungen des Kreistages sorgfältig aufgebauten Schutzstatus – auch vor unkontrollierter Siedlungsentwicklung – im Kreis gefährdet, wenn grundsätzlich der gesamte Raum überplant werden könne. Seine Fraktion verstehe sich in der Energiewende keinesfalls als „Bremser“, Sorge sich aber um den Flächenverbrauch im dicht besiedelten Kreis Mettmann, lege großen Wert auf eine austarierte Vorgehensweise und begrüße hier die Anregungen der Verwaltung zum Freiraumschutz.

KA Kanschäpfer erläutert die Enthaltung seiner Fraktion in den Vorberatungen und betont diese in der Kooperation abgestimmte Haltung auch für die heutige Sitzung. Die Stellungnahme der Verwaltung sei in großen Teilen zutreffend und in ihren kritischen Fragen nachvollziehbar, enthalte aber zu restriktive Aussagen zur Freiflächen-Photovoltaik. Nehme man die Energiewende ernst, müssten gewisse Bedingungen dafür geschaffen werden, um vermehrt Freiflächen für die Gewinnung von erneuerbarer Energie einsetzen zu können.

KA Küchler schließt sich den Worten von KA Madeia an und hält die in Teilen kritische Betrachtung der Verwaltung für angemessen, insbesondere im Interesse des Artenschutzes, der sich nach ihrer Auffassung auch auf den Vogelschutz in Nadelwäldern erstrecken müsse. Sie werde der Stellungnahme gerne zustimmen.

KA Benoit erklärt die Zustimmung der Gruppe PIRATEN zur Stellungnahme, deren kritische Aspekte er durchaus für angebracht halte. Dem Naturschutz müsse Gewicht eingeräumt werden; eine Enthaltung sei zu schwach und stärke der Verwaltung nicht den Rücken.

KA Janssen teilt die Kritik von KA Madeia an der Gestaltung des Beteiligungsverfahrens, für welches die Landesregierung verantwortlich und daher der richtige Adressat der Kritik sei. Die Stellungnahme der Verwaltung bewerte die SPD-Fraktion angesichts der dringenden und kurzfristigen Herausforderungen der Energiewende als zögerlich und in keiner Weise konstruktiv. Auch die Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne er nicht nachvollziehen. Er bemängelt, dass die politischen Kooperationsbemühungen um eine gemeinsam vertretbare Linie offenbar die fachlichen Einstellungen überlagern bzw. abschwächen würden.

KA Dr. Guenther schildert, dass zur Enthaltung ihrer Fraktion eine stichhaltige Meinungsbildung nach komplexer inhaltlicher Abwägung geführt habe, bei der neben der grundsätzlichen Unterstützung einer tatsächlichen Energiegewinnung mit Photovoltaik und Wind im Kreisgebiet in fachlicher Hinsicht auch der Erosionsschutz, die Vermeidung von Leitungsverlusten und die Extensivierung eine Rolle gespielt hätten.

KA Kanschäpfer verdeutlicht, dass die Koalitionspartner gemeinsam einen Weg gesucht hätten, der aber durchaus auch von unterschiedlichen Meinungen der Fraktionen geprägt sein kann.

KA Völker zeigt sich enttäuscht von der Position der SPD, die nach seiner Wahrnehmung keine inhaltlichen Beiträge liefere, sondern unnötigerweise auf Streitigkeiten abhebe.

KA Müller drückt in gleicher Weise seine Verwunderung aus und hält die Äußerungen von KA Janssen für einen banalen Versuch, zwischen die Koalitionspartner einen Keil treiben zu

wollen. Regelmäßige Absprachen schlossen unterschiedliche Bewertungen nicht aus. In der Sache vertrete die FDP-Fraktion hier die gleiche Auffassung wie die CDU-Fraktion.

KA Janssen weist die Polemik-Vorwürfe zurück. Er stellt klar, dass seine Fraktion mit der inhaltlichen Ausrichtung des Landes bei dieser LEP-Änderung einverstanden sei und inhaltliche Anträge in der Diskussion auf Kreisebene daher überhaupt nicht nötig seien.

KA Geyer greift diesen Hinweis auf und betont, dass die SPD-Fraktion beileibe nicht oft das Vorgehen der schwarz-grünen Landesregierung derart unterstützen könne. Reibung in der kontroversen Diskussion im Kreistag sei der gemeinsamen Sache nicht abträglich. Grundsätzlich seien Inhalte hier aber wichtiger als parteipolitisches Geplänkel.

Auch KA Madeia ermahnt zur sachlichen Betrachtung, bei der man nicht aus den Augen verlieren dürfe, dass der Ausbau von Photovoltaik – auch im freien Raum – ein wichtiges Ziel bleibe. Er habe allerdings Sorge bei verkürzten oder stark vereinfachten Prüfungen, wo doch selbst bei kleinsten Bau- und Planungsvorhaben gründlich durchgeführte Genehmigungsverfahren die Regel seien. Die einvernehmlichen Ziele der Energiewende dürften jetzt nicht zu falschen Wegen und einem unangemessenen Landschaftsverbrauch führen.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die von der Verwaltung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur 2. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW am 12.07.2023 abgegebene Stellungnahme (s. Anlagen 1 bis 4 dieser Vorlage) wird mitgetragen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

(bei 12 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion, 15 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, 1 Enthaltung der Fraktion UWG-ME und Enthaltung von KA Onori)

Zu Punkt 19: Nachträge

Zu Punkt 19.1: Krankenhaussituation im Kreis Mettmann Hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.09.2023 - Vorlage Nr. 53/012/2023
--

Die Kreistagsmitglieder nehmen die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 19.2: Resolution des Kreistages des Kreises Mettmann zum regionalen Planungsverfahren gem. §14 KHGG NRW Hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD vom 25.09.2023
--

KA Madeia begründet den vorliegenden Antrag sowie die Notwendigkeit einer Resolution. Auch wenn eine Reform der Krankenhauslandschaft bzw. die Ziele der Krankenhausplanung und die verstärkte Ausrichtung an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten durchaus geboten erscheine, so befinde sich der Kreis Mettmann bei der Verteilung der Krankenschwerpunkte – gerade mit Blick auf die Städte im südlichen Kreisgebiet – im Spannungsfeld der angrenzenden Großstädte und müsse seine Rolle daher behaupten. Ziel dieser Resolution sei es jedoch nicht, dass Land NRW vorzuführen, vielmehr solle auf diese Art und Weise die Aufmerksamkeit auf den Steuerungsbedarf und die erforderliche Beteiligung gelenkt werden.

KA Geyer erinnert, dass die SPD-Fraktion schon vor längerer Zeit eine diesbezügliche Initiative des Kreistages erfolglos haben starten wollen. Gleichwohl unterstütze die SPD-Fraktion nun die vorliegende Resolution.

KA Ernst verweist darauf, dass die Krankenhausplanung schon seit Monaten ein Thema sei, das den Kreis Mettmann beschäftige. Sie weist darauf hin, dass die Rahmenbedingungen im Kreis Mettmann anders zu bewerten seien als in den umliegenden Großstädten. Insbesondere der erhöhte Altersdurchschnitt mache eine regionale Betrachtung erforderlich. Sie schließt sich den Ausführungen von KA Madeira an und betont, dass es sich nicht um Kritik an der Krankenhausplanung der Landesregierung handle. Vielmehr solle diese Resolution als Bitte verstanden werden, besonderen Fokus auf die regionalen Besonderheiten des Kreises Mettmann zu legen.

KA Onori begrüßt die vorliegende Resolution ausdrücklich, weist allerdings darauf hin, dass aus ihrer Sicht zwei wichtige Punkte – die Geburtshilfe sowie die perinatale Versorgung – fehlen würden. Nach der aktuellen Krankenhausplanung soll der bisherige perinatale Schwerpunkt nicht mehr weitergeführt werden.

Landrat Hendele sagt auf Bitte von KA Onori zu, diese beiden wichtigen Punkte ebenfalls im Gespräch mit dem Ministerium anzubringen. Grundsätzlich sei der Informationsfluss sowie die erfolgte Beteiligung eine Farce.

KA Ruppert wolle bewusst auch aus Sicht eines lokalbetroffenen Bürgers aus Haan ausführen. Es sei ein unerwarteter Schock für die Bürgerinnen und Bürger aus Haan gewesen und es müsse verdeutlicht werden, dass es sich hier nicht um Einzelschicksale handle, sondern vielmehr ein ganzes Konstrukt einzustürzen drohe. Es begrüße es daher sehr, auf welcher breiten Basis diese Resolution heute beschlossen werden könne.

KA Köster-Flashar schließt sich den Äußerungen von KA Ruppert an. Des Weiteren habe man sich darauf einzustellen, dass es zu weiteren Insolvenzen kommen werde. Das angebrachte Argument, der Kreis müsse sich mit den umliegenden Großstädten arrangieren, werde zukünftig faktisch gar nicht mehr realisierbar sein.

KA Hagling stellt die Unterstützung der Fraktion UWG-ME in Aussicht.

KA Ernst weist darauf hin, dass der Kinderklinische Bereich sowie die Geburtshilfe in der gemeinsamen Stellungnahme der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP im Kreistag Mettmann zum regionalen Planungsverfahren gem. §14 KHGG NRW vom 18.09.2023 enthalten sei.

Landrat Hendele verweist nochmals auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Notfallversorgung hin. Aktuell seien in den drei Häusern in Solingen, Hilden und Haan etwa 11.000 Notfall-Einsätze pro Jahr versorgt bzw. untergebracht worden. Dies zeige, welche Bedeutsamkeit diese Häuser haben.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über die Resolution beschließen.

Beschluss:

1. Der Kreistag schließt sich der Resolution des Rates der Stadt Ratingen an und unterstützt die darin enthaltenen Forderungen.

2. Angesichts einer Zahl von 485.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und der Tatsache, dass die Altersstruktur in unserem Kreis deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt, fordert

der Kreistag die Landesregierung auf, im Kreis Mettmann die Einrichtung einer Stroke-Unit zu beauftragen.

3. Der Kreistag fordert, die Notfallversorgung und die medizinische Versorgung im südlichen Kreisgebiet sicherzustellen. Dazu ist der Bestand des St. Josef Krankenhauses in Haan, des St. Josefs Krankenhauses in Hilden und des St. Martinus Krankenhauses in Langenfeld unverzichtbar.

4. Deshalb fordert der Kreistag das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen auf, den genannten Krankenhäusern die für einen wirtschaftlichen Betrieb erforderlichen medizinischen Leistungsbereiche zuzuweisen.

5. Der Kreistag fordert das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen auf, den Kreis Mettmann und die kreisangehörigen Städte umfassend zu beteiligen und hierzu die strukturellen Grundlagen der Bedarfsplanungen vorzulegen. Diese Voraussetzungen sind bei der bisherigen Beteiligung nicht annähernd erfüllt worden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Landrat Hendele stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 19:02 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Nico Hüsgen